

Mit großer Verspätung

Die deutschen Versäumnisse in der Integrationspolitik / Von Heike Schmoll

BERLIN, 17. Oktober

Noch vor wenigen Jahren wurde Deutschland von vielen Politikern nicht als Einwanderungsland bezeichnet. Die tatsächliche Einwanderung wurde nicht gesteuert, sondern wie ein Schicksal hingenommen. Um Sprachförderung für ausländische Kinder und Jugendliche, Tagesbetreuung, Deutschkurse für die Mütter, Fortbildungen für Erzieherinnen haben sich anfangs nur Stiftungen und Privatinitiativen gekümmert. Sie verfügen deshalb über eine große Erfahrung mit Integrationsprojekten, auch wenn es selten gelang, ein bewährtes Programm zu verstetigen. Zu den Ausnahmen gehört das Förderprojekt für begabte ausländische Schüler „Start“ der Hertie-Stiftung, das inzwischen in fast allen Bundesländern in Zusammenarbeit mit 93 Stiftungen und den Kultusministerien weitergeführt wurde.

Der Bundesregierung ist es gelungen, im Juni den Nationalen Integrationsplan zu veröffentlichen, der Selbstverpflichtungen enthält, deren Einhaltung in einem Jahr überprüft werden soll. Darunter sind viele unrealistische Ziele. So soll in fünf Jahren die Fortbildung für Deutsch als Fremdsprache und Sprachdiagnose für sämtliche Lehrer abgeschlossen sein. Das ist illusorisch. In den Schulen würden die Lehrer mit Sprachkompetenz dringend gebraucht. Doch die Länder schließen ihre Lehrstühle für Deutsch als Fremdsprache und Deutsch als Zweitsprache oder verhängen einen Immatrikulationsstopp, der die Schließung der Fakultät ankündigt. Die Kultusministerkonferenz (KMK) schaut zu. Sie spricht zwar von der Notwendigkeit, ihre gesamtstaatliche Verantwortung wahrzunehmen, aber sie erfüllt eine ihrer dringlichsten Aufgaben nur unzureichend. Jetzt wäre die KMK die einzige Plattform,

auf der Stiftungen und Staat über die Zusammenarbeit in Integrationsfragen verhandeln könnten, ohne dabei ihre unterschiedlichen Rollen aufzugeben. Doch die 16 Länder scheinen die KMK eher zu nutzen, ihre Eigeninteressen zu verfolgen – auch wenn sie sich unter dem Druck der Pisa-Ergebnisse auf Bildungsstandards geeinigt haben. Doch es gibt noch keine verpflichtende Sprachprüfung für alle Kinder vor der Einschulung – weder für einheimische noch für ausländische –, sondern nur eine freiwillige. Auch haben sich die Länder noch nicht auf die Lehrerbildung geeinigt, geschweige denn auf eine deutliche Verbesserung der Erzieherausbildung.

Ein Großteil der Integration geschieht in der Schule und gelingt besonders gut, wenn die Mütter einbezogen sind.

Integrationspolitik ist nach der Föderalismusreform schwieriger geworden. Umso wichtiger sind Partnerschaften zwischen Staat und Stiftungen für die Integration. Sowohl Stiftungen als auch der Staat müssten ihre unterschiedlichen „Handlungslinien“ akzeptieren, haben Stichtungsvertreter und Politiker beim Symposium „Integration durch Bildung“, das von der Staatsministerin im Kanzleramt Böhmer (CDU) in Zusammenarbeit mit der Vodafone Stiftung in Berlin veranstaltet wurde, gefordert. Neue Projekte können Stiftungen und Privatinitiativen in Deutschland häufig nur im „rechtsfreien“ Raum erproben. Die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen scheitert an schleppen-

den Abläufen und am öffentlichen Tarifrecht, das zu wenig attraktiv für Hochqualifizierte ist. Die Lösung liegt nicht darin, wegen öffentlicher Finanzknappheit alle Verantwortung privaten Initiativen zu überlassen. Der Staat könne sich der Verantwortung für die Integration keinesfalls entledigen, bekräftigte der parteilose Kultusminister Sachsen-Anhalts, Jan-Hendrik Olbertz.

Die Förderung durch private Akteure kann lediglich subsidiär zur öffentlichen Hand stehen und weder Etatlücken stopfen noch staatliche Förderung duplizieren. So sinnvoll es ist, dass der Staat und die Stiftungen in geeigneten Projekten zusammenarbeiten, so sehr müssen sie darauf achten, ihre eigenen Freiräume und Verantwortungsbereiche zu wahren. Lassen sich Stiftungen zu früh auf eine Kooperation ein, setzt häufig eine Selbstzensur ein, die ihre Experimentierfähigkeit einengt. Investitionsbereite Unternehmen und Stiftungen brauchen daher klare und verlässliche Rahmenbedingungen vom Staat.

Deutschland kann bei der Integration nicht schnell genug aufholen, was andere Länder schon vor zwanzig Jahren erkannt und begonnen haben. Am erfolgreichsten sind die Länder in der Bildungsförderung, die sich immer als Einwanderungsland gesehen und eine gezielte Einwanderungspolitik betrieben haben. Während es hierzulande als unzumutbar galt, Ausländern Deutschkenntnisse abzuverlangen, und politisch korrekt muttersprachlicher Unterricht erteilt wurde, haben Kanada, Neuseeland und Australien Einwanderung stets von Sprachkenntnissen abhängig gemacht und damit den Einwanderern erheblich mehr Eigeninitiative und Risikobereitschaft abverlangt. Schweden, das ähnlich wie Frankreich eine wohlfahrtsstaatliche

und keine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch ausgerichtete Einwanderungspolitik wie Australien und Kanada betrieben hat, hat trotz aller Anfangsschwierigkeiten erreicht, dass Einwanderer in der dritten Generation schulisch und beruflich besser abschneiden als Einheimische.

Die Migrationssteuerung sei kein Allheilmittel für alle Integrationsprobleme, wandte der Osnabrücker Migrationsforscher Klaus Bade ein, aber der Verzicht darauf mache die Integrationsrisiken unkalkulierbar. Es gehe um die richtige Mitte zwischen Migrationssteuerung und Integrationsförderung. Bade kritisierte, dass die Bildungsetats viel zu gering seien im Vergleich zu den Sozialerträgen. Denn die sozialen Folgekosten unzureichender Integration seien unvergleichbar höher als die Kosten frühzeitiger Investitionen in die Integration und berufliche Bildung.

In Deutschland ist nicht nur der Bildungsstand der Ausländer unzureichend, sondern auch ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das hat die OECD-Studie „Jobs for Immigrants – Labour Market Integration in Australia, Denmark, Germany and Sweden“ gezeigt. Häufig scheitert die berufliche Integration an Sprachmängeln. Doch Staat und private Initiativen sind machtlos, wenn die Verantwortung der Einwanderer für sich und ihre Zukunft nicht gestärkt wird. Es hat sich bewährt, mit Organisationen der Einwanderer zusammenzuarbeiten. Diese Möglichkeit nutzt die Hertie-Stiftung bei der türkisch-deutschen Gesundheitsstiftung, um den Zugang zu den Eltern der Kinder im Vorschulalter zu finden. Begleitend könnte die Forschung über Bildungskarrieren ausländischer Jugendlicher wichtige Erkenntnisse bringen – doch bisher gibt es sie nicht einmal in Ansätzen.